

5

# Wege des Ostens

Japan, China und die Krise

<sup>0</sup> | **AVENIR** | **SUISSE** | <sup>100</sup>

think tank for economic  
and social issues

---

SCHWEIZER

---

MONATSHEFTE

---

*Sonderthema*

---

In unserer Reihe «Sonderthemen» greifen wir Themen auf, die in den Medien häufig zu kurz kommen. Mit ihnen wollen wir auf aktuelle Diskussionen reagieren und Fragen vertiefen, für die in der Zeitschrift «Schweizer Monatshefte» der Platz nicht reicht.

In unserer Reihe «Sonderdrucke» werden einzelne Texte oder auch ganze Schwerpunkte, die in den «Schweizer Monatsheften» publiziert wurden und auf besonderes Interesse stossen, in kompakter Form ein weiteres Mal gedruckt.

Alle Sonderpublikationen können über unsere Internetseite [www.schweizermonatshefte.ch](http://www.schweizermonatshefte.ch) bestellt werden.

\* \* \*

Das vorliegende Sonderthema Nr. 5 «Wege des Ostens. Japan, China und die Krise» erhalten unsere Abonnenten zusammen mit der August/September-Ausgabe 2009.

*Die Herausgeber*

SCHWEIZER  
MONATSHEFTE

Zeitschrift für Politik Wirtschaft Kultur / seit 1921  
89. Jahr, Sonderthema August 2009

HERAUSGEBER  
Suzann-Viola Renninger, René Scheu

RESSORT POLITIK & WIRTSCHAFT  
René Scheu

RESSORT KULTUR  
Suzann-Viola Renninger

KORREKTORAT  
Reinhart R. Fischer

Die «Schweizer Monatshefte» folgen den Vorschlägen zur Rechtschreibung der Schweizer Orthographischen Konferenz (SOK). [www.sok.ch](http://www.sok.ch)

GESTALTUNG UND PRODUKTION  
Atelier Varga, Suzann-Viola Renninger

VORSTAND  
Konrad Hummler (Präsident)  
Thomas Sprecher (Vizepräsident)  
Max Albers, Georges Bindschedler  
Andreas Burckhardt, Margrit Hahnloser  
Ulrich Pfister, Urs B. Rinderknecht  
Gerhard Schwarz, Michael Wirth

ADRESSE  
«Schweizer Monatshefte»  
8006 Zürich, Vogelsangstrasse 52  
Telefon 0041 (0)44 361 26 06  
[www.schweizermonatshefte.ch](http://www.schweizermonatshefte.ch)

DRUCK  
ea Druck + Verlag AG, Einsiedeln

Die Sonderpublikation «Wege des Ostens. Japan, China und die Krise» entstand in Zusammenarbeit mit Avenir Suisse. [www.avenir-suisse.ch](http://www.avenir-suisse.ch)

1	Auch auf die Kultur kommt es an	Katja Gentinetta	2
2	Kein Alleingang Chinas	Urs Schöttli	4
3	Demokratie aus Sicht des Sinomarxismus	Harro von Senger	8
4	Japan ist anders	Helmut Becker	12

# Wege des Ostens

## Japan, China und die Krise

Über 250 Jahre hatte sich Japan von der Aussenwelt abgeschottet, dann öffnete es Mitte des 19. Jahrhunderts während des Übergangs zur Meiji-Ära seine Grenzen. Nach mühsamen Verhandlungen unterzeichnete die Schweiz 1864 den ersten Freundschafts- und Handelsvertrag in Edo, dem heutigen Tokio. Zwar gab damals die wirtschaftliche Rückständigkeit Japans keinen Anlass zu Optimismus, doch der Bundesrat vertraute vorausschauend auf den «fleissigen und intelligenten Charakter des japanischen Volkes».

Inzwischen ist Japan die zweitgrösste Volkswirtschaft der Welt und, nach Europa und den USA, einer der wichtigsten Wirtschaftspartner der Schweiz. Als im Februar dieses Jahres die Schweiz als erstes europäisches Land mit Japan ein «Abkommen über Freihandel und wirtschaftliche Partnerschaft» abschloss, das die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen weiter vertiefen soll, war nicht mehr das Mass an Vertrauen wie noch vor anderthalb Jahrhunderten nötig.

Neben Japan ist China der zweite wichtige Schweizer Handelspartner in Asien. Seit dem Beginn der Handelsbeziehungen im 17. Jahrhundert wurde die Phantasie der Schweizer Wirtschaft durch die Vorstellung des grossen Marktpotentials Chinas beflügelt. Im Vergleich dazu waren die realen Entwicklungen eher ernüchternd. So wurde etwa, durch die Verstaatlichung des schweizerischen Besitzes bei der Gründung der Volksrepublik China 1949, der Produktion Schweizer Firmen ein abruptes Ende bereitet. Erst nachdem Deng Xiaoping Ende der 1970er Jahre seine Politik der Öffnung und der Reformen durchgesetzt hatte, haben sich die Handelsbeziehungen konsolidiert. Seither wurden von der Schweiz und China eine Reihe von *memoranda of understanding* zur Intensivierung der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen unterzeichnet; ein bilaterales Freihandelsabkommen steht jedoch noch aus. Es würde eine vertiefte und zweifellos auch konflikthafte Auseinandersetzung mit dem bedeuten, was China unter «Marktwirtschaft» und «Demokratie» versteht.

Im Blick auf die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen der Schweiz und den beiden asiatischen Ländern fanden in den vergangenen Monaten auf Einladung von Avenir Suisse in Zürich zwei Veranstaltungen statt. Unter dem Titel «Der Fall Japan(s)» sowie «China als neue Norm» wurde diskutiert, wie diese Länder mit der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise umgehen, welche Konsequenzen daraus zu ziehen wären, und ob von Japan, das in den 90er Jahren bereits eine ähnliche Krise hatte meistern müssen, vielleicht gar etwas zu lernen sei. Vier der in diesem Zusammenhang gehaltenen Vorträge sind im folgenden abgedruckt.

Suzann-Viola Renninger

Können wir von Japan und China lernen? Nur bedingt, denn der wirtschaftliche Erfolg ist mit kulturellen Parametern verknüpft. Beim Gemeinschaftssinn und der Arbeitsmoral liesse sich einiges abschauen, bei der Bereitschaft zur Unterordnung und dem Autoritätsglauben sieht das schon anders aus.

## 1 Auch auf die Kultur kommt es an

Katja Gentinetta

Dass die Vorherrschaft der USA angesichts des rasanten wirtschaftlichen Aufstiegs Chinas nicht einfach zu halten sein würde, war absehbar. Nicht zufällig sind Aufstieg Chinas und Fall der USA durch das fatale Ungleichgewicht der Handelsbeziehungen und vor allem der Währungsreserven aufs engste miteinander verknüpft. Niall Ferguson und Moritz Schularick prägten für diese Verquickung den Begriff «Chimerica».\* Jenes «eine Land» hat in den letzten 10 Jahren insgesamt einen Drittel des Weltsozialprodukts generiert. China übernahm dabei die Produktion und das Sparen, die USA sorgten für den Konsum. Dieses «stabile Ungleichgewicht» kollabierte – und mit ihm eine ganze Weltordnung.

China war bereits einmal eine Weltmacht. Entscheidende Erfindungen – vom Kompass über die Schifffahrt bis zum Schwarzpulver – wurden in China gemacht, lange bevor Europa sie für sich in Anspruch nahm. Die Rückkehr Chinas auf das globale Spielfeld geht auf seinen rasanten wirtschaftlichen Aufstieg zurück, an dessen Beginn der bewusste Entscheid der chinesischen Führung stand, den Kommunismus in eine staatlich gesteuerte Marktwirtschaft umzulenken. Das durchschnittliche Wachstum von fast 10 Prozent während der letzten Jahre hat jedoch soziale und Umweltprobleme gebracht, die sich nicht einfach aus der Welt schaffen lassen. Noch leben von den 1,3 Mrd. Einwohner rund 800 Millionen auf dem Land in ärmlichsten Verhältnissen; und die täglich ans Netz gehenden Kohlekraftwerke verheissen noch nicht jene nachhaltige Politik, die von der Führung propagiert wird. China wird

sich also noch lange mit sich selbst beschäftigen müssen, bevor es als Weltmacht auftreten kann. Seine Führung plant jedoch langfristig. Bis ins Jahr 2049 soll China einen mit dem Westen vergleichbaren Wohlstand erreicht haben. Erst dann wird es sein Augenmerk wieder auf die Aussenwelt richten können. Wir werden also sehen.

Japans Stärke beruht auf einer anderen Grösse. Nach dem 2. Weltkrieg erlebte Japan einen beispiellosen Aufschwung. Mit einer ausserordentlichen Innovations-, Wettbewerbs- und Anpassungsfähigkeit wurde der Strukturwandel vorangetrieben. Nach Deutschland, den USA und China kletterte Japan auf Platz 4 der exportstärksten Länder; und es ist nach den USA die zweitgrösste Volkswirtschaft der Welt. Ende der 1980er Jahre führte der Nachfrageboom zu einem gigantischen Preisanstieg am Aktien- und Immobilienmarkt. Der Nikkei-Index verdoppelte sich innert drei Jahren, bis die Blase 1990 platzte. Danach erlebte Japan während 10 Jahren eine wirtschaftliche Stagnation: *the lost decade*. Erst 2002 – im Zuge des weltwirtschaftlichen Aufschwungs – setzte in Japan eine gewisse Erholung ein; diese wurde mit der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise abrupt beendet. Japan leidet heute unter einer gigantischen Staatsverschuldung in der Höhe von 180 Prozent des Bruttoinlandprodukts – im Gegensatz zu anderen Ländern leidet Japan jedoch nicht unter einer systemischen Bankenkrise. Dies nicht zuletzt deshalb, weil Anzahl und Grösse der Banken mit der vorangehenden Krise massiv geschrumpft waren.

Die Schweiz ist mit beiden Ländern wirtschaftlich eng verflochten. So reichen die ersten Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und China ins 18. Jahrhundert zurück; 1912 wurde die erste schweizerische Handelsagentur in Shanghai eröffnet. Eigentliche bilaterale Beziehungen aber etablierten sich erst in den 1980er Jahren. Heute ist China der dritt wichtigste Zulieferer und viert wichtigste Absatzmarkt für schweizerische Produkte. Als eines der wenigen westlichen Länder weist die Schweiz dabei eine positive Handelsbilanz aus. Um den politischen Austausch zu intensivieren und die bilateralen Beziehungen zu verstärken, wurde 2007 ein *memorandum of understanding* zwischen den beiden Ländern unterzeichnet.

Mit Japan konnte die Schweiz im Februar 2009 als erstes europäisches Land ein «Free Trade and Economic Partnership Agreement» (FTEPA) abschliessen. Die Handelsbeziehungen reichen ebenfalls bis ins 19. Jahrhundert zurück. Statt um

Uhren und Textilien, Algen, Gold und Tee geht es heute aber um Forschung und Technologie, Industrie, Personenfreizügigkeit und geistiges Eigentum. Zur Zeit ist Japan noch der dritt wichtigste Handelspartner der Schweiz; von China dürfte es bald auf den vierten Platz verdrängt werden. Angesichts dieser engen Verflechtungen ist es für die Schweiz nicht unwichtig, wie China und Japan die gegenwärtige Krise meistern und wie sie sich in den kommenden Jahren entwickeln werden. Beide Länder sind diesbezüglich nicht unabhängig von der Weltwirtschaft. Sie besitzen aber Kulturen, die zum «Pumpkapitalismus», wie Dahrendorf die westliche Wirtschaft der letzten Jahrzehnte apostrophiert hat, einen stärkeren Kontrast nicht darstellen könnten. Kontrolle, Sparsamkeit, Gemeinschaftssinn, Unterordnung und Autoritätsglaube bilden in Asien zentrale Pfeiler der Gesellschaft.

So haben in China auch Vertreter der jüngeren Generation immer noch ein intaktes Vertrauen in die Steuerungsfähigkeiten der Regierung; sie profitieren vom Wandel, sie widmen sich mit Ehrgeiz ihrem Studium und ihrer Karriere – Grund für einen radikalen Systemwechsel aber sehen sie nicht. Im Gegenteil. Mit Blick auf die Verfehlungen in den westlichen Finanzmärkten wächst sogar der Glaube an das eigene – mittlerweile freilich hybride – System. Gerade China vermittelt seine Kultur denn auch mit grossem Selbstbewusstsein. Dazu gehört die kürzliche Einladung zu einem «Gipfeltreffen der Think-Tanks» ebenso wie die Vision eines «Beijing Consensus», der im Gegensatz zum «Washington Consensus» ein harmonisches Gleichgewicht zwischen schrittweisen Reformen, staatlicher Intervention und Eigentumsschutz postuliert. Die Etablierung eines «Confuzius-Instituts» nach dem Muster des Goethe-Instituts unterstreicht den Willen der chinesischen Führung, auch ihre *soft power* in der Welt spielen zu lassen.

Auch Japan hätte sein «verlorenes Jahrzehnt» ohne kulturelle Stärken kaum so gut gemeistert. Die Bereitschaft etwa, in schwierigen Zeiten *in globo* auf Lohnerhöhungen zu verzichten, ist für westliche Verhältnisse nicht denkbar. Sie zeugt von der Fähigkeit zu einem gesellschaftlichen Konsens, der jeglichen Individualismus hintanstellt – denn zunächst gilt es, die Gesellschaft als ganze über den Berg zu bringen. Partikularinteressen, die Verteidigung von Privilegien, oder Besitzstandswahrung haben in dieser Strategie keinen Platz. Der ausserordentliche Wille, wieder stabile Verhältnisse herzustellen, zeigt sich auch

darin, dass die japanischen Unternehmen heute stark entschuldet sind; und volkswirtschaftlich gesehen verfügt Japan gar über (private) Vermögensreserven, von denen andere Staaten kaum träumen können. Auch dürfte die japanische Unternehmenskultur ein Pfeiler des wirtschaftlichen Erfolgs sein.

«Kaizen» etwa steht für «die Chance zum Guten» und umfasst die stetige Verbesserung der Produktions- und Arbeitsprozesse sowie der internen Arbeitsbedingungen. Gerade Unternehmen, die zwar weltweit operieren, dabei aber ihre japanische Unternehmenskultur hochhalten – dazu gehören etwa Toyota, Canon und Nissan –, haben sich als besonders erfolgreich erwiesen. Vor allem aber kennt Japan eine hohe Arbeitsmoral. Sie äussert sich etwa in einer bedeutenden Flexibilität – heute sind 40 Prozent der japanischen Arbeitnehmer teilzeitbeschäftigt; und nach ihrer Pensionierung gehen die Japaner häufig mehreren Tätigkeiten nach, um ihre Existenz zu sichern. Dieser gleichsam selbstlose Einsatz hat aber auch

Japan hätte sein «verlorenes Jahrzehnt» ohne kulturelle Stärken kaum meistern können. Die Bereitschaft etwa, in schwierigen Zeiten auf Lohnerhöhungen zu verzichten, ist in westlichen Verhältnissen undenkbar.

eine Kehrseite. Deshalb erhofft man sich einen Konjunkturimpuls, wenn die Autobahngebühren am Wochenende gesenkt und jährliche Ferien von 15 Tagen für obligatorisch erklärt werden. Offenbar liegt in der japanischen Freizeitbeschäftigung ein bisher ungenutztes Wachstumspotential. Auch das liesse sich vom Westen nicht behaupten.

Sparsamkeit, Arbeitseinsatz und das Zusammenstehen – bis hin zur Unterordnung – sind kulturelle Voraussetzungen, die ein wesentlicher Grund für die wirtschaftliche Stärke der beiden Länder Japan und China sein dürften. Und sie dürften auch wesentliche Elemente der Krisenbewältigung darstellen. Daraus zu lernen ist jedoch kaum möglich; denn kulturelle Voraussetzungen lassen sich nicht transferieren. So ist Vertrauen in die individuelle Kreativität und Wettbewerbsbereitschaft die für den Westen vermutlich sicherere Strategie. Die wirtschaftliche Erholung von einer Krise lässt sich von den jeweiligen kulturellen Parametern nicht trennen.

\* Niall Ferguson und Moritz Schularick: «Chimerica and Global Asset Markets». In: *International Finance*, 10/3, 2007, 215–239.

\*\* Harro von Senger: «36 Strategeme für Manager». München: Piper, 2008.

KATJA GENTINETTA, geboren 1968, ist stellvertretende Direktorin von Avenir Suisse, Zürich.

China wird nie zu einer wirtschaftlichen Supermacht wie die USA werden. Die Bevölkerungszahl ist zu hoch und die Beziehung zu den Nachbarländern zu konfliktreich. Die kommunistische Einparteiherrschaft ist auf eine vitale Weltwirtschaft und gute internationale Beziehungen angewiesen.

## 2 Kein Alleingang Chinas

Urs Schöttli

Ist es den asiatischen Schwellenländern, namentlich China und Indien, in den vergangenen Jahren hohen Wirtschaftswachstums gelungen, sich von der wirtschaftlichen Entwicklung in den westlichen Industrienationen abzukoppeln? Die Debatte über die Entkoppelung, ausgelöst durch die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007/09, wurde vor allem in den angelsächsischen Medien ausführlich diskutiert. Schliesslich lautet eine der wichtigen Thesen, die die Protagonisten der Globalisierung seit Jahren ins Feld geführt haben, dass es dank der Globalisierung nun mehrere Wachstumszentren in der Welt gebe und deshalb ein geballter Absturz der Weltwirtschaft, der alle Länder in Mitleidenschaft ziehen würde, endgültig der Vergangenheit angehöre. Die Ereignisse der vergangenen zwei Jahre und vor allem die Geschwindigkeit, mit der sich die in den USA zum Ausbruch gelangte Finanzkrise über den Erdball ausgebreitet hat, scheinen dieser Annahme den Boden entzogen zu haben.

So war denn auch unverkennbar, dass der Enthusiasmus der angelsächsischen Medien für die angebliche Krisenresistenz der neuen wirtschaftlichen Grossmächte Indien und China rasch ins Gegenteil umschlug und es plötzlich nicht mehr en vogue war, von einer Entkoppelung zu sprechen. Fraglich ist, wie weit dieser Gesinnungswandel den Realitäten an Ort und Stelle entsprach oder ob es sich dabei um einen bewusst in die Welt gesetzten neuen Trend handelte.

In diesem Zusammenhang ist auf eine bedeutsame Achillesferse in der Globalisierung zu

verweisen. Mit der Vielfalt, die die Globalisierung im wirtschaftlichen Wettbewerb ins Spiel gebracht hat, steht die Tatsache in eklatantem Widerspruch, dass die angelsächsischen Medien heute auf dem Weltmarkt der Meinungen ein faktisches Monopol besitzen. Tatsache ist, dass das Englische die unbestrittene Weltsprache ist. In Asien, von der Türkei bis nach Korea, sprechen die Eliten, wenn sie eine Fremdsprache beherrschen, Englisch. Wenn sie ausländische, nichtasiatische Informationsquellen, wie Fernsehen, Zeitungen oder Magazine konsultieren, dann berücksichtigen sie ausschliesslich die angelsächsischen Medien. Diese sind denn auch in den asiatischen Kapitalen und Wirtschaftszentren besonders präsent.

Diese Marktbeherrschung der angelsächsischen Medien hat eine weitreichende Folge, mit der sich Kontinentaleuropa bisher kaum oder überhaupt nicht auseinandergesetzt hat. Jene Medien, die nicht in englischer Sprache produziert werden, haben nur noch einen sehr beschränkten Wirkungskreis. Es sind die Korrespondenten der angelsächsischen Medien, die bei den asiatischen Eliten das Bild Kontinentaleuropas, der Europäischen Union, der Bundesrepublik Deutschland, Ost- und Mitteleuropas prägen. Was die kontinentaleuropäischen Medien dazu berichten und kommentieren, geht unter. Gerade die Auseinandersetzung um die Bewertung der Folgen, die die den angelsächsischen Ländern besonders zusetzende Finanzkrise für andere Teile der Welt hat, zeigte, wie verhängnisvoll die angelsächsische Dominanz ist. Das Kommentariat der «Financial Times», des «Wall Street Journal» oder von CNN kann praktisch nach Belieben die Meinungsbildung beherrschen!

China ist als neue Weltmacht im Verlaufe der letzten zwei Jahrzehnte ins Weltbewusstsein zurückgekehrt. Zunächst im wirtschaftlichen Bereich hat die Weltöffentlichkeit zur Kenntnis nehmen müssen, dass China wieder machtvoll auf der Weltbühne präsent ist. Damit ist eine Epoche von beinahe zwei Jahrhunderten Dekadenz, Selbstabschliessung und Selbstzerstörung zu ihrem Ende gekommen. Wichtig allerdings ist, die Dimensionen zu wahren. China ist eine neue Weltmacht und auch die unbestrittene Vormacht auf dem asiatischen Festland, doch ist es keine Supermacht wie die USA. Es ist auch weitgehend ausgeschlossen, dass China je zu einer Supermacht werden wird. Vorstellungen, dass eine G2 (USA–China) dereinst die Welt führen werde, sind Hirngespinnste, die wichtige geopoliti-

sche und sozio-ökonomische Faktoren unter den Tisch wischen.

Die hier vertretene These lautet, dass China wegen seiner geographischen Lage und wegen seiner Milliardenbevölkerung nie zu einer Supermacht vom Schlage der USA werden kann. Zunächst sind alle Probleme, mit denen der chinesische Staat sich herumschlagen muss, wegen der Bevölkerung von über 1,3 Milliarden Menschen von immensen Dimensionen. Man denke an die Ökologie, an die Alterssicherung, an die Arbeitsmärkte, an die Versorgung. In jedem dieser Bereiche ist die Führung in Peking mit Herausforderungen konfrontiert, die ein Mehrfaches dessen ausmachen, womit die USA, Japan oder die Bundesrepublik sich zu befassen haben.

Hinzu kommt, dass China – anders als Japan – eine reiche Vielfalt an Nachbarn hat. Da sind zunächst die akuten Schwierigkeiten, die Beijing im Umgang mit Pjongjang hat. Zwar sollten die beiden Nachbarn ideologisch mehr oder weniger auf derselben Wellenlänge sein, doch wird das bilaterale Verhältnis auf beiden Seiten durch wegleitende historische Reminiszenzen geprägt. Die Koreaner haben sich immer zwischen den beiden grossen Mächten China und Japan «eingeklemmt» gefühlt. Abgesehen davon, dass Kim Jong Ils Regime in Pjongjang nicht eine klassische kommunistische Diktatur ist, sondern auch starke Elemente einer konfuzianischen Monarchie aufweist, ist auch das Verhältnis zwischen Nordkorea und der Volksrepublik China in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht einfach unter dem Aspekt zweier ideologisch verwandter Regime zu sehen. Unterschwellig bestimmt ein uraltes Misstrauen das bilaterale Verhältnis. Noch und noch ist Peking in Pjongjang mit Ratschlägen auf Ablehnung gestossen, dass Nordkorea die chinesischen Wirtschaftsreformen ebenfalls übernehmen sollte.

Auch wenn sich das chinesisch-russische Verhältnis in den letzten Jahrzehnten normalisiert hat, so gilt für die Beziehungen weiterhin, dass sie von gegenseitigem Misstrauen geprägt werden. Im Blick auf eine fernere Zukunft ist das Erbe der ungerechten Verträge noch lange nicht bewältigt, die Russlands ost- und zentralasiatische Landnahme unter Peter dem Grossen und Katharina der Grossen vorangetrieben haben. Das Ende des Kalten Kriegs und der Zusammenbruch der Sowjetunion haben nicht nur in Europa, sondern auch in Asien tiefe Spuren hinterlassen. So hat die Volksrepublik China in Zentralasien durch den Zusammenbruch der UdSSR eine Reihe neu-

er Nachbarn erhalten. Dies sind alles Staaten mit einem recht fragilen «nationalen» Zusammenhalt und zudem mögliches Terrain für die Ausbreitung von islamistischem Fundamentalismus.

Mit Indien sieht sich China zwar nicht in Asien, aber doch auf den Absatzmärkten und in Ländern mit grossen Energie- und Rohstoffvorkommen in scharfer Rivalität.

Das Verhältnis mit den südostasiatischen Staaten wird ebenfalls von Misstrauen überschattet, um so mehr als Peking das Chinesische Meer als ein *mare nostrum* beansprucht. Schliesslich werden die Beziehungen mit Japan noch immer durch die blutige Geschichte des 20. Jahrhunderts belastet. Erwähnt man gegenüber Chinesen, dass angesichts des riesigen Unterschiedes bei Bevölkerung und Staatsgrösse es eigentlich für China keinen Grund geben sollte, eine Wiederbelebung des japanischen Nationalismus zu befürchten, so erhält man als Antwort oft, dass eben die Japaner, im Unterschied zu den Chinesen, ein geschlossenes Volksganzes seien.

Dass eine G2 aus USA und China dereinst die Welt führen werde, ist ein Hirngespinnst, das wichtige geopolitische und sozio-ökonomische Faktoren unter den Tisch wischt.

Insgesamt präsentiert sich die geopolitische Lage Chinas daher nicht in einem sehr vorteilhaften Licht. Es kann nicht als blosser Propaganda abgetan werden, wenn Peking gegenüber den USA ins Feld führt, dass es im Unterschied zu den Vereinigten Staaten, mit den beiden «impotenten» Nachbarn Kanada und Mexiko, in einer Umgebung mit viel Konflikts- und Rivalitätspotential überleben müsse.

Vor dem Hintergrund dieser schwerwiegenden innen- und geopolitischen Handicaps kann es nicht unangemessen sein, wenn die chinesische Aussen- und Sicherheitspolitik als beinahe im Metternichschen Sinne wertkonservativ bezeichnet wird. Die Chinesen haben ein vitales Interesse an einer florierenden Weltwirtschaft, an funktionierenden internationalen Finanzströmen und an einigermaßen friedlichen internationalen Beziehungen. Dies wiederum bedeutet, dass China ein nützlicher Partner der westlichen Industriestaaten bei den Bemühungen um eine friedliche Weltordnung sein kann. Hier gibt es sehr viele sich überschneidende Interessen.

Allerdings muss der Westen zur Kenntnis nehmen, dass die alte Ordnung, in der die Gruppe der G7 und der G8 das Schicksal der Weltwirtschaft bestimmen konnte, der Vergangenheit angehört. Es kann zukünftig nicht mehr darum gehen, dass an den Gipfeltreffen der G8 China, Indien und Brasilien an den Seitentisch eingeladen werden, derweil solch wirtschaftliche «Grossmächte» wie Grossbritannien, Frankreich, Kanada und Italien am Haupttisch Platz nehmen können. Diese Zeiten sind endgültig vorbei, und man darf es als positiven Effekt der Finanz- und Wirtschaftskrise bewerten, dass sich die Gruppe der G20 als wegweisendes internationales Forum etabliert hat.

Die Welt steht noch immer im Banne des Platzens der gewaltigen *asset-bubble*, die sich in den Jahren des leichten Geldes vor allem in den angelsächsischen Ländern aufgebaut hatte. Die Frage stellt sich, ob auch China sich als eine Blase herausstellen wird. Es gibt einige Faktoren, die zur Vorsicht mahnen. Ohne Zweifel ist das Fi-

gen. Zwar hatten vor ein paar Jahren die Bank of China und die Industrial and Commercial Bank of China (heute börsenkapitalisiert die grösste Bank der Welt) im Vorlauf zum Börsengang Milliardensummen zum Abtragen fauler Kredite erhalten. Doch darf davon ausgegangen werden, dass seither neue Problemerkredite hinzugekommen sind. Es genügt, in den Metropolen und in den Provinzkapitalen bei den zahlreichen Investitionsruinen oder unterbelegten Wohn- und Geschäftshäusern die kapitalen Fehlallokationen zu kalkulieren.

Auch Chinas gewaltige Devisenreserven, die 2009 die Rekordsumme von 2'000 Milliarden US-Dollar erreichten, sind in einer realistischen Perspektive zu sehen. Die rasante Akkumulation von Währungsreserven erfolgte nicht nur auf den konventionellen Wegen der Aussenhandelsüberschüsse und der ausländischen Direktinvestitionen. Ein substantieller Teil ist darauf zurückzuführen, dass chinesische Firmen die im Auslandgeschäft erzielten Devisenerträge nicht behalten dürfen, sondern bei der Notenbank in Yuan Renminbi umwandeln müssen. Dies bedeutet unter anderem, dass die chinesische Notenbank auf dem Binnenmarkt, wo sie die nötigen Yuan aufnehmen musste, hoch verschuldet ist. Auch wird angenommen, dass ein erheblicher Teil der chinesischen Devisenreserven *hot capital* ist, das in Erwartung einer substantiellen Yuan-Aufwertung ins Land geflossen ist.

Insgesamt gilt es, beim chinesischen Finanzsystem im Auge zu behalten, dass es als verlängerter Arm der alleinregierenden Kommunistischen Partei Chinas (KPC) fungiert. Geht es um zentrale Fragen der Reform von Chinas Finanz-, Währungs- und Bankwesen, so hat es keinen Sinn, die Aussagen von Experten, und handle es sich um den Gouverneur der Notenbank, als abschliessend hinzunehmen. In der Volksrepublik China gilt nach wie vor der absolute Primat der Politik. Alles muss dem Machterhalt der KPC dienen, weshalb denn auch der *Ständige Ausschuss des Politbüros des Zentralkomitees der KPC* nicht nur in politischer, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht das einzig massgebende Entscheidungsorgan ist.

Wer für die letzten dreissig Jahre eine Bilanz zieht, wird nicht umhinkönnen, der chinesischen Führungselite in wirtschaftlicher Hinsicht eine Bestnote zu erteilen. Auch sozial hat sich vor allem in den grösseren Städten des Riesenlandes vieles zum Besseren gewendet. Völlig unzureichend ist indessen der Leistungsausweis in politischer Hin-

## Die Chinesen haben ein vitales Interesse an einer florierenden Weltwirtschaft, an funktionierenden internationalen Finanzströmen und an einigermaßen friedlichen internationalen Beziehungen.

nanzsystem der Volksrepublik eine Schwachstelle. Wie will man eine Grossmacht sein, wenn man nicht einmal seine eigene Währung frei konvertibel machen kann! Die Welt ist zu Recht von den gewaltigen wirtschaftlichen Fortschritten beeindruckt, die China in den letzten zwei Jahrzehnten erzielt hat. Die Wirtschaftsreformen, die Deng Xiaoping nach dem Tode Maos in Gang setzte, gehören zu den Meisterleistungen des 20. Jahrhunderts, wie auch Deng selbst eine Führungsfigur des 20. Jahrhunderts ist, die Vergleiche mit herausragenden Persönlichkeiten wie De Gaulle und Adenauer nicht zu scheuen braucht. Doch irgendwie wird man den Verdacht nicht los, dass der Koloss China in mancher Hinsicht auf tönernen Füßen steht.

Ein Grund für dieses Unbehagen ist das Finanzsystem der Volksrepublik. Die grossen Geschäftsbanken sind nach wie vor im Staatsbesitz, und ihre Kreditpolitik ist auf den staatlichen Sektor ausgerichtet. Man liegt wohl nicht falsch, wenn man vermutet, dass in den Tresoren dieser Staatsbanken riesige Summen fauler Kredite lie-

sicht. Die politische Modernisierung des Landes steht weit zurück hinter seiner wirtschaftlichen und sozialen Modernisierung. Die Chinesen leben zwar nicht mehr wie zu Maos Zeiten in einer Sklavenherrschaft, doch in mancher Hinsicht steckt das Land im politischen Stau. Insbesondere trifft dies auf die keiner Kontrolle unterstehende Alleinherrschaft der KPC zu.

Zu den Hauptschwächen der heutigen Volksrepublik gehört der Raubbau an der Natur, das stark gestiegene Reichtumsgefälle und die weitverbreitete Korruption. Die heutige Führungselite der KPC besteht zu einem grossen Teil aus fähigen Technokraten. Diese wissen sehr wohl um die ökologischen Herausforderungen, mit denen sich das Land konfrontiert sieht. In mancher Hinsicht wird China denn auch mit den Umweltproblemen zurande kommen. Doch in einem wesentlichen Bereich, dem Wasserhaushalt, zeichnen sich in einer Reihe dicht besiedelter Regionen des Landes Notstände ab, die auch die politische Stabilität bedrohen können.

Deng Xiaoping hatte das Wort geprägt «reich zu sein ist wunderbar». Rund 200 Millionen Chinesen kann man heute zum Mittelstand zählen, und weitere 200 Millionen befinden sich auf dem Weg dazu, in diesen aufzusteigen. Dies ist eine stolze Bilanz, wenn man sich vor Augen hält, dass vor einer halben Generation die ganze Bevölkerung noch im Dreck des maoistischen Steinzeitkommunismus dahinvegetieren musste. Die heutige, vierte Führungsgeneration, mit Staats- und Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao an der Spitze, hat die Gefahren erkannt, die aus einer Wirtschaftspolitik resultieren, die auf Wachstum um jeden Preis setzt. Es gilt seit 2003 die Devise des nachhaltigen Wachstums, wobei sich Nachhaltigkeit in mehr Respekt für Umweltbelange, in mehr sozialer Gerechtigkeit und in der Vermeidung spekulativer Exzesse ausdrückt.

Die chinesische Führung hat erkannt, dass das Krebsübel der Korruption systemgefährdend ist. Es werden denn auch immer wieder Kampagnen gegen korrupte Kader gefahren. Solange es jedoch in China keinen funktionierenden Rechtsstaat gibt, wird es unmöglich sein, das Übel an seinen Wurzeln anzupacken. Die Volksrepublik hat im Rechtsbereich wichtige Fortschritte gemacht und unter anderem den Schutz des Privateigentums in der Verfassung verankert. Noch immer fehlen indessen eine unabhängige Gerichtsbarkeit und eine Kontrolle der Exekutive durch eine unabhängige Legislative. Noch

wichtiger als die Einführung der Demokratie ist, dass China möglichst bald dieses rechtsstaatliche Defizit beseitigt.

Im konfuzianischen Staatsverständnis spielt das Mandat des Himmels eine zentrale Rolle. Nicht nur die Untertanen, auch der Herrscher hat Pflichten, denen er nachkommen muss. Erfüllt er die Pflicht nicht, für Ruhe und Ordnung, für Wohlstand und sichere Grenzen zu sorgen, so hat der Herrscher sein Mandat zu regieren verloren. Wiederholt ist es deshalb in der chinesischen Geschichte zu Macht- und Dynastiewechsels gekommen. Die Herrschaft der KPC wird nicht durch Wahlen legitimiert. Auch die historische Legitimation, die Mao Zedong und auch noch Deng Xiaoping aus der chinesischen Revolution schöpfen konnten, ist nicht mehr vorhanden. Die heutigen Führer waren Kleinkinder, als die Volksrepublik gegründet wurde. Schliesslich gibt es seit dem Ende der Sowjetunion und des Ostblocks auch keine ideologische Legitimität der KPC-Herrschaft mehr. Jedermann weiss, dass in

Es fehlt noch immer eine unabhängige Gerichtsbarkeit und eine Kontrolle der Exekutive durch eine unabhängige Legislative. Wichtiger als die Einführung der Demokratie ist, dass China möglichst bald dieses Defizit beseitigt.

China nicht der real existierende Sozialismus an der Macht ist.

Unter diesen Umständen reduziert sich das Mandat des Himmels der heutigen Führung auf ein starkes Wirtschaftswachstum. Sie benötigt dieses, um die riesige Masse derjenigen bei der Stange zu halten, die vom neuen Wohlstand noch nicht oder nur in sehr geringem Masse profitiert haben. Dazu gehören rund 800 Millionen vor allem auf dem Land lebende Chinesen, darunter auch das auf über 120 Millionen Menschen geschätzte Heer der Wanderarbeiter. Die meisten dieser Menschen halten dem System die Treue, so lange sie die realistische Hoffnung haben, dass es ihnen oder ihren Kindern in absehbarer Zeit bessergehen wird. Schwinden diese Aussichten, könnte sich rasch wieder revolutionäres Potential ansammeln. In diesem Sinne – und da schliesst sich der Kreis – ist die Volksrepublik heute die erste kommunistische Einparteiherrschaft, die auf Gedeih und Verderb mit dem Gang der Weltwirtschaft verquickt ist.

URS SCHÖTTLI,  
geboren 1948, ist  
China-Korrespondent  
der Neuen Zürcher  
Zeitung in Peking.

Mit Einführung der Marktwirtschaft, so sieht es der Westen gerne, ist China auf dem Weg zur Demokratie. Weit gefehlt; denn Demokratie, Menschenrechte und Kapitalismus beurteilt die KPC auf ihre eigene Art und Weise. Die Kluft zwischen Fremd- und Eigenbild könnte nicht grösser sein.

### 3 Demokratie aus Sicht des Sinomarxismus

Harro von Senger

*«Blickt man auf die Wachstumsraten der chinesischen Volkswirtschaft oder auf die persönlichen Lebensumstände und Vermögensverhältnisse von mehreren hundert Millionen Chinesen, so muss man vorbehaltlos anerkennen, dass die chinesische Führung vor allem für die letzten zwei Jahrzehnte einen Leistungsausweis vorzeigen kann, der praktisch alle anderen Regierungen dieser Welt, seien sie nun demokratisch gewählt oder nicht, in den Schatten stellt.»<sup>1</sup>  
«Über allem thront ... der ständige Ausschuss des Politbüros der KPC.»<sup>2</sup>*

1) Urs Schöttli, NZZ, 25.7.2007, S. 5.

2) Urs Schöttli, NZZ, 20.4.2009, S. 19.

Die beiden Zitate von Urs Schöttli in der Neuen Zürcher Zeitung weisen darauf hin, dass die Kommunistische Partei Chinas (KPC) in der Volksrepublik China (VRC) einen überragenden Einfluss hat. Will man demnach wissen, wie es um Demokratie, Menschenrechte und Kapitalismus in der VRC steht, ist abzuklären, wie sich die in der VRC tonangebende KPC dazu stellt. Irgendwelche zivilgesellschaftliche Kräfte von nationaler Bedeutung sind nämlich in diesem Land nicht auszumachen.

Gemäss einer im Westen weitverbreiteten Annahme ist die Abkürzung «KPC» als «Kapitalistische Partei Chinas» zu verstehen. Doch die KPC teilt diese Ansicht nicht. Sie sieht sich wie eh und je als «Kommunistische Partei Chinas». Laut ihrer Satzung beruft sich die KPC nicht auf kapitalismustheoretische Schriften. Als «Richtschnur

ihres Handelns» anerkennt sie vielmehr den Marxismus-Leninismus, die Mao-Zedong-Ideen, die Deng-Xiaoping-Theorie und die wichtigen Ideen des «Dreifachen Vertretens» (Satzung der KPC vom 21. 10. 2007, Allgemeines Programm, Absatz 2). Da die KPC den Marxismus-Leninismus also mit chinesischen Gedanken ergänzt, spreche ich von «Sinomarxismus».

Im Westen setzt man den Marxismus mit Planwirtschaft gleich: zusammen mit der Planwirtschaft sei in der VRC auch der Marxismus abgeschafft worden; infolge der Einführung der Marktwirtschaft habe die KPC sich das eigene Grab geschaufelt; sie habe eine Entwicklung in Gang gesetzt, der sie nicht mehr Herr werde; denn die Marktwirtschaft ziehe unweigerlich politische Reformen in Richtung auf eine westlich-bürgerliche Demokratie nach sich. Auch diese Ansicht verwirft die KPC. Demokratie, Menschenrechte und Kapitalismus beurteilt sie marxistisch-leninistisch und nicht in den Bahnen westlich-bürgerlicher Theorien.

«Demokratie» ist ein Wort, das die KPC sehr gerne im Munde führt. Es kommt bereits in Artikel 1 der derzeit geltenden Verfassung der VRC vom 4. Dezember 1982 vor. So heisst es, die VRC sei «ein sozialistischer Staat unter der demokratischen Diktatur des Volkes, der von der Arbeiterklasse geführt wird und auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruht» (Verfassung der VRC, Art. 1 Abs. 1). Gemäss dem Selbstbild der KPC ist «die Kommunistische Partei Chinas die Vorhut der chinesischen Arbeiterklasse und zugleich die Vorhut des chinesischen Volkes und der chinesischen Nation» (Satzung der KPC vom 21.10.2007, Allgemeines Programm, Art.1 Abs. 1). Also besagt Art. 1 der Verfassung im Klartext, dass die KPC die VRC führt. Das stand übrigens bereits, wenn auch etwas unverblümt, in Art. 1 der «kulturrevolutionären» Verfassung vom 17. Januar 1975. Es besteht also kein Unterschied zur Herrschaftszeit Mao Zedongs.

«Volk» in Art. 1 der Verfassung hat nicht den Sinn desselben Wortes in der zeitgenössischen deutschen Sprache. Sofern «Volk» hierzulande überhaupt noch verwendet wird, schliesst es alle Einwohner eines Staates, ja sogar womöglich noch die «ausländischen Mitbürger» ein.

Nicht so in der VRC. Gemäss chinesischen Kommentaren zur Verfassung sind zum Verständnis des Wortes «Volk» in Art. 1 der chinesischen Verfassung nach wie vor Ausführungen Mao Zedongs wegleitend, die diesbezügliche Vorstellungen eines Karl Marx, Lenin oder Stalin

widerspiegeln: *«Der Begriff ‹Volk› hat in ... verschiedenen Perioden eines jeden Staates verschiedene Inhalte. Nehmen wir unser Land als Beispiel! Während des Widerstandskrieges gegen die japanische Aggression [1937–45] gehörten alle antijapanischen Klassen, Schichten und gesellschaftlichen Gruppen zum Volk, während die japanischen Imperialisten, die chinesischen Landesverräter und die projapanischen Elemente Feinde des Volkes waren. Während des Befreiungskrieges [1946–49] waren die USA-Imperialisten und ihre Lakaien, die bürokratische Bourgeoisie und die Grundherrenklasse sowie die Kuomintang-Reaktionäre, die diese Klassen vertraten, die Feinde des Volkes, während alle anderen Klassen, Schichten und gesellschaftlichen Gruppen, die diesen Feinden entgegentraten, zum Volk gehörten. In der gegenwärtigen Etappe, in der Periode des Aufbaus des Sozialismus [seit 1949], gehören zum Volk alle Klassen, Schichten und gesellschaftlichen Gruppen, die den Aufbau des Sozialismus billigen, unterstützen und dafür arbeiten; dagegen sind alle gesellschaftlichen Kräfte und Gruppen, die sich der sozialistischen Revolution widersetzen, die dem Aufbau des Sozialismus feindlich gesinnt sind und ihn zu untergraben suchen, Feinde des Volkes».*<sup>3</sup>

Etwas holzschnittartig formuliert, bilden diejenigen Teile der chinesischen Bevölkerung, die das KPC-Regime unterstützen oder zumindest nicht negativ auffallen, das «Volk». Demgegenüber sind die Regimegegner «Volksfeinde» und gehören nicht zum «Volk». Über die «Volksfeinde» wird die «demokratische Diktatur des Volkes» ausgeübt. Die Diktatur wird seit dem Ende der «Kulturrevolution» (1966–1976) nicht mehr mit gesetzlosen Terrormassnahmen, sondern vornehmlich gestützt auf das Strafgesetz mittels harter Strafen ausgeübt. Unter dem «Volk» herrscht «Demokratie», das heisst das «Volk» hat grosse Freiheiten und geniesst, auf niederer Ebene, auch das aktive und passive Wahlrecht. Aus offizieller Sicht ist die VRC eine lupenreine Demokratie.

Westliche Demokratien werden demgegenüber in chinesischen Schulbüchern für den obligatorischen ideologischen Unterricht als verkappte Diktaturen der Monopolbourgeoisie hingestellt. Schon Marx hatte die bürgerliche Demokratie als blosser Pseudodemokratie angeprangert. Die KPC kann sich bei der Darstellung der VRC als einer Demokratie auf UNO-Dokumente berufen. So verkündete die in Genf wirkende UNO-Menschenrechtskommission: *«While all democracies share common features, there is no one model of democracy; therefore we must not seek to export any particular model of democracy».*<sup>4</sup>

Die Resolution wurde von der Menschenrechtskommission mit 28 gegen 14 Stimmen bei 11 Enthaltungen angenommen. Die VRC gehörte zur Mehrheit der Staaten des Südens, die die Resolution durchbrachte. Sämtliche westlichen Staaten stimmten dagegen. Besagter Satz ist eine klare Absage an die Vorstellung, wonach ein westliches Demokratiemodell universal massgebend sei. Unter Hinweis auf besagte Resolution kann die VRC, mit dem Segen der höchsten globalen Instanz, nämlich der UNO, von sich behaupten, sie verwirkliche ihr eigenes Demokratiemodell, das es lediglich zu perfektionieren gelte, das aber mitnichten zu ersetzen sei, und sie kann, mit der UNO im Rücken, die westlichen Anmahnungen zurückweisen, in der VRC endlich die Demokratie einzuführen.

Sinomarxistisch gesehen, ist meiner Meinung nach das auffallendste Merkmal der Menschenrechtspolitik der KPC die Hauptwiderspruchsbezogenheit. Hier taucht der im Westen nicht zur Kenntnis genommene, im Politvokabular und -denken der VRC aber zentrale Terminus

**Diejenigen Teile der chinesischen Bevölkerung, die das KPC-Regime unterstützen, sind das «Volk». Die Regimegegner gehören nicht zum «Volk».**

des «Hauptwiderspruchs» auf. Kurz gesagt geht es darum, dass die KPC in jeder Epoche aus dem unendlichen Wirrwarr zu lösender Widersprüche einen einzigen, alle anderen Widersprüche angeblich dominierenden Widerspruch identifiziert und zum «Hauptwiderspruch» erklärt. Alle anderen Widersprüche mit verschiedenen Prioritätsgraden sind sogenannte «Nebenwidersprüche». Die Lösung des Hauptwiderspruchs ist die Hauptaufgabe des chinesischen Volkes in der jeweiligen Periode. Alle Nebenwidersprüche sind möglichst hauptwiderspruchslösungsdienlich zu regulieren. Seit 1937 hat die KPC der Reihe nach, grob gesagt, vier Hauptwidersprüche definiert.

Von 1937 bis 1945 war es der 1. Hauptwiderspruch zwischen allen antijapanischen Teilen der chinesischen Bevölkerung, also dem chinesischen «Volk», wie es damals verstanden wurde, gegen die japanischen Aggressoren und chinesischen Landesverräter. Die Hauptaufgabe war die Niederrückung Japans. Sie wurde bis 1945 vollbracht. Auch Angehörige der Grossbourgeoisie und Grossgrundbesitzer gehörten, wenn sie nur

3) Mao Zedong: «Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke». Rede gehalten am 27.02.1957.

4) UNO-Resolution 2005/29 «Strengthening of Popular Participation, Equity, Social Justice and Non-discrimination as Essential Foundations of Democracy».

5) Satzung der KPC vom 21.10.2007, Allgemeines Programm, Abs. 9.

antijapanisch waren, zum «Volk». Damals regelte Mao Zedong die zu Nebenwidersprüchen herabgesunkenen Beziehungen zu den ehemaligen Feindesklassen unter anderem durch die Verkündung von Rechtserlassen, in denen ausdrücklich Menschenrechte garantiert wurden, darunter sogar das Privateigentum an Grund und Boden von Grossgrundbesitzern. Auf diese Weise wurden ehemalige «Volksfeinde» zum Widerstand gegen Japan motiviert.

Darauf folgte der 2. Hauptwiderspruch zwischen der KPC und der Kuomintang Tsiang Kaisheks von 1945 bis 1949. Die Hauptaufgabe war die Niederrückung Tsiang Kaisheks und die Machtergreifung der KPC. Dieser Hauptwiderspruch wurde bis 1949 auf dem chinesischen Festland gelöst.

Es schloss sich 1949 der 3. Hauptwiderspruch «Proletariat gegen Bourgeoisie» an, der bis zum Tode Maos 1976 aufrechterhalten wurde und während der «Kulturrevolution» von 1966 bis 1976 zu schlimmsten Exzessen führte. Während

*ten Bedingungen sogar verschärfen können, aber er ist nicht mehr der Hauptwiderspruch.»<sup>5</sup>*

Unter dem 4. Hauptwiderspruch gewannen Menschenrechte wieder an Bedeutung. Denn nur wenn die Menschen in der VRC einen gewissen Schutz ihrer Rechte erleben, sind sie motiviert, den Hauptwiderspruch zu lösen, das heisst, sich ganz dem sogenannten sozialistischen Modernisierungsaufbau zu widmen. Die Situation unter dem 4. Hauptwiderspruch ähnelt jener unter dem 1. Hauptwiderspruch der Jahre 1937 bis 1945. Wie damals, werden Menschenrechte auch jetzt gesetzrechtlich gewährleistet. Seit 2004 enthält die chinesische Verfassung den Passus «Der Staat respektiert und beschützt Menschenrechte». Im April 2009 verkündete die Regierung der VRC einen «Menschenrechtsaktionsplan 2009–2010». Übrigens sollten Kommunisten von Haus aus keinerlei Berührungängste gegenüber Menschenrechten haben, heisst es doch in ihrem Lied, der «Internationalen»: «Auf zum letzten Gefecht! Die Internationale erkämpft das Menschenrecht» (der deutsche Text stammt von Emil Luckhardt, 1910).

1993 beschloss das Parlament der VRC auf Betreiben der KPC, folgende Bestimmung in die chinesische Verfassung aufzunehmen: «Der Staat führt die sozialistische Marktwirtschaft durch» (Art. 15 Abs. 1). Dies geschah, nachdem 1992 höchste Kreise der KPC festgelegt hatten, dass die Marktwirtschaft kein Wesensmerkmal des westlich-bürgerlichen Demokratiesystems, sondern lediglich eine ökonomische Technik zur Optimierung der Güterverteilung und Güterqualität sei. So wie es in kapitalistischen Staaten auch planwirtschaftliche Elemente gebe (man denke an Landwirtschaftssubventionen), so könne das «sozialistische» China von den Mechanismen der Marktwirtschaft profitieren. So wie diese in kapitalistischen Staaten reglementiert werde, könne sie auch in der VRC einer Makroregulierung etwa durch Gesetze unterworfen und in die gewünschten Bahnen gelenkt werden. Im Schweizerischen Institut für Rechtsvergleichung in Lausanne kann man die Berge von Rechtserlassen besichtigen, die in der VRC zur Steuerung der Marktwirtschaft dienen. Nach wie vor gilt die staatseigene Wirtschaft als die dominierende Kraft in der Volkswirtschaft (Verfassung, Art. 7).

Das Privateigentum ist in der VRC nicht so fest verankert wie in westlichen Ländern. In der VRC behält sich der Staat weitgehende Zugriffsmöglichkeiten darauf vor. Von Grund und Boden befindet sich nicht ein Quadratmillime-

Seit 1978 gilt der 4. Hauptwiderspruch. Es ist dies «der Widerspruch zwischen den wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnissen des Volkes und der rückständigen gesellschaftlichen Produktion».

der Perioden des 2. und 3. Hauptwiderspruchs war von Menschenrechten keine Rede. Ich selber erlebte während meines Studiums an der Beijing-Universität von 1975 bis 1977, wie die Menschenrechte *ex cathedra* als hinterhältiger Trick der Bourgeoisie abgetan wurden. Er diene dazu, dem Proletariat den revolutionären Elan im Kampf gegen die Bourgeoisie zu entziehen, indem dem Proletariat suggeriert werde, es gebe eine gemeinsame menschliche Natur der Angehörigen beider Klassen.

Seit Dezember 1978 gilt der 4. Hauptwiderspruch. Es ist dies «der Widerspruch zwischen den wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnissen des Volkes und der rückständigen gesellschaftlichen Produktion». Er soll «bis zum 100. Gründungstag der Volksrepublik» (2049) gelöst werden. Über den zu einem Nebenwiderspruch herabgesunkenen «Klassenkampf» heisst es, infolge inländischer Faktoren und internationaler Einflüsse werde er «in begrenztem Umfang noch lange Zeit existieren und sich unter bestimm-

ter in Privateigentum. Eine volle Freiheit des Kapitalverkehrs über nationale Grenzen hinweg existiert in der VRC nicht. Die chinesische Währung ist weitgehend abgeschottet. Die Wirtschaftsgesetze sind so raffiniert formuliert, dass chinesische Behörden jederzeit Entwicklungen, die aus dem Ruder zu laufen drohen, gestützt auf schlaue Paragraphen stoppen können. Vom «Festhalten an der Reform und Öffnung» wird in der Satzung der KPC gesagt, es «ist unser Weg zur Stärkung des Landes». Die Marktwirtschaft als ein im Westen besonders bejubeltes Element der «Reform und Öffnung» ist also in der Sicht der KPC bloss ein «Weg», also ein Instrument der KPC zur «Stärkung des Landes». Die Einführung der «Marktwirtschaft» dient keineswegs dem Ziel, das marxistisch-leninistische System zu untergraben und durch ein westlich-kapitalistisches zu ersetzen. Laut der Parteipresse ist die Marktwirtschaft in der VRC grundverschieden von jener in westlichen Staaten. Denn in der VRC sei die «sozialistische Marktwirtschaft» an das öffentliche Eigentum als die Primärform des Eigentums und nicht an das Privateigentum gebunden, das die Gier von Individuen schrankenlos fördere. Nicht unzureichende staatliche Kontrollmassnahmen oder schlechte Managementmethoden, sondern das privateigentumszentrierte westliche kapitalistische System sei der Urgrund der derzeitigen weltweiten Finanzkrise mit den USA als Ausgangspunkt. Sie sei eine Systemkrise des westlichen Kapitalismus, der dem Untergang geweiht sei.<sup>6</sup>

Die VRC bezeichnet sich nicht als «kapitalistisch», sondern als ein Land «im Anfangsstadium des Sozialismus» (Verfassung, Präambel, Abs. 7). Dieses Stadium soll bis zum Jahre 2049 andauern.<sup>5</sup> Dass in bezug auf die «sozialistische Demokratie» und die Menschenrechte nicht über Nacht alles perfekt sein kann und dass sogar von kapitalistischen Staaten effiziente Verfahrensweisen abgekupfert werden, wird durch die listige Formel von der «Anfangsphase des Sozialismus» abgedeckt.

Als am 4. Juni 1989 Hunderttausende auf dem Platz des Himmlischen Friedens versammelt waren, «hat keiner je damit gerechnet, dass die Soldaten tatsächlich das Feuer eröffnen würden», so der chinesische Schriftsteller Yu Hua.<sup>7</sup> Dabei war im Mai 1989 der Ausnahmezustand verhängt worden. Schon damals stand in Art. 1 der chinesischen Verfassung, die VR China sei «eine demokratische Diktatur» und «die Sabotage des sozialistischen Systems ist jeder Organisation oder

jedem Individuum verboten». Laut Yu Hua schlugen die Chinesen auf dem Platz des Himmlischen Friedens die offiziellen Verlautbarungen der chinesischen Obrigkeit in den Wind. Diese Gleichgültigkeit gegenüber offiziellen chinesischen Stellungnahmen erwies sich für viele als tödlich. Auch im westlichen Ausland nimmt man offizielle chinesische Dokumente nicht ernst. Die Kluft zwischen dem Fremdbild, das in der westlichen Presse von der VRC als einem durch und durch «pragmatischen» Staat auf dem sicheren Weg zu einem westlich-bürgerlichen Rechtsstaat gezeichnet wird, und der marxistisch-leninistischen Selbstdarstellung in offiziellen Dokumenten der KPC und der VRC ist dramatisch. Man hackt sich im Westen lieber die Augen aus, als dass man die offiziellen Dokumente der KPC und VRC ernsthaft studieren würde. Es erscheint nicht als unwahrscheinlich, dass die blinde westliche Ignorierung des offiziellen chinesischen Selbstbildes, dem ja auch entsprechende Taten folgen, fatale Folgen haben könnte.

Die Einführung der «Marktwirtschaft» dient nicht dem Ziel, das marxistisch-leninistische durch ein westlich-kapitalistisches System zu ersetzen. Laut der Parteipresse ist die Marktwirtschaft in der VRC grundverschieden von jener in westlichen Staaten.

---

Zur Lektüre empfohlen:

Die derzeit geltende Satzung der KPC:  
[http://german.china.org.cn/china/archive/cpc17/2008-09/10/content\\_16427102.htm](http://german.china.org.cn/china/archive/cpc17/2008-09/10/content_16427102.htm)

Die derzeit geltende Verfassung der VRC:  
<http://www.verfassungen.net/rc/verf82.htm>

Harro von Senger: «Supraplanung: Unerkannte Denkhorizonte aus dem Reich der Mitte». München: Hanser, 2008.

6) Licht-Tageszeitung «Guangming», 12.5.2009, S. 10.

7) Yu Hua, NZZ, 15.06.2009, S. 21.

HARRO VON SENER, geboren 1944, ist Professor für Sinologie an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg i.Br. Er ist Experte des Schweizerischen Instituts für Rechtsvergleichung, Lausanne.

Japan ist experimentierfreudig, der Arbeitsmarkt ist flexibel, und es fehlt nicht an privaten Finanzvermögen. Japan kennt keine Bankenkrise und fast keine Kreditklemme. Was lässt sich daraus für die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise lernen?

## 4 Japan ist anders

Helmut Becker

Die Bank von Japan veröffentlicht jedes Jahr einen Rechenschaftsbericht. 1990 schrieb sie im Brustton der Arroganz, dass Japan mit seinen 360'000 Quadratkilometern drei Prozent der Weltlandmasse umfasse und diese drei Prozent 60 Prozent des Weltbodenpreises entsprächen. Niemand hat damals diesen Triumph als das gesehen, was er war: das entscheidende Menetekel, dass es in Japan von da an nur noch bergab gehen konnte.

Ein Beispiel aus meinem Privatleben: 1988 habe ich in zentraler Lage in Tokio ein Grundstück mit für Tokio immensen Dimensionen besessen, nämlich 396 Quadratmeter (die durchschnittliche Grundstückgröße beträgt 52 Quadratmeter). 1988 entsprach der Schätzpreis 2 Milliarden Yen. 2002 habe ich das Grundstück dann erneut schätzen lassen müssen und dabei erfahren, dass es nur noch 270 Millionen Yen wert war. Das bedeutete zwischen 1988 und 2002 einen Buchverlust von rund 85 Prozent. Damit lag ich landesweit gesehen genau im Durchschnitt.

In Japan lag der Buchverlust der Grundstückspreise in den 90er Jahren bei 1'500 Billionen Yen. Das war das Dreifache des Bruttoinlandsprodukts. Hinzu kam eine Halbierung der Kapitalisierung der Börse von Tokio, also nochmals 300 Billionen Yen. Allein an der Börse und am Immobilienmarkt gab es in den 90er Jahren also einen Buchverlust von knapp des Vierfachen des

Bruttoinlandsprodukts. Jede andere Nation wäre daran zerbrochen, gesellschaftlich wie wirtschaftlich. Japan nicht.

Wie kam es zu dieser Immobilien- und Aktienblase? Japans Aufstieg war von erheblichen Bedenken anderer grosser Industriestaaten begleitet, vor allem der USA. Japan bemühte sich immer wieder um Konzessionen, um einen heissen Handelskrieg zu vermeiden. Im September 1985 kam es zu dem für Japan entscheidenden Plaza-Abkommen. Der Dollar war überbewertet, der Yen war zu billig, und das bedeutete einen Vorteil für die japanische Exportwirtschaft. Daher wurde im Plaza-Hotel in New York von den damaligen G5, den Regierungschefs der fünf wichtigsten Industrieländer, beschlossen, den Dollar künstlich hinunterzuschrauben und den Yen wie die D-Mark nach oben zu pumpen. Mit der Folge, dass die Dollar-Parität des Yens, die 1985 noch bei 263 Yen pro Dollar lag, nur 18 Monate später auf 121 Yen gestiegen war. Eine dramatische Aufwertung, die für Japans Exporte tödlich war. Also machte man sich in Tokio daran, die Binnennachfrage anzukurbeln. Man senkte die Zinsen deutlich, beschloss Konjunkturprogramme und setzte so eine Mechanik in Gang, die zu Blasenbildung und einem rasanten Anstieg der Grundstückspreise in Japan führte.

Ab 1955 verdoppelten sich die Immobilienpreise in den Ballungsräumen – also Tokio, Osaka, Kobe und Kyoto – alle sechs Monate. Das bedeutete, dass Kredit geschöpft werden konnte. Zurück zum Beispiel aus meinem Privatleben: die Bank drängte mich, eine Hypothek zu 120 Prozent Marktwert aufzunehmen. Sechs Monate später wären es wegen der Verdopplung der Grundstückspreise nur noch 60 Prozent gewesen. Ich hätte also 20 Prozent als Einlage bei einer Hausbank hinterlassen und 100 Prozent in Aktien und Anlagen stecken können.

Dieses Verhalten führte dazu, dass 1990 von den 100 grössten Banken der Welt die ersten 10 Plätze von 9 japanischen Instituten belegt waren, zu denen sich zusätzlich, als Wurmfortsatz, die Deutsche Bank retten konnte. Die Bankenszene war eine japanische Szene. Niemand hat sich damals die Mühe gemacht, auch einmal eine andere Rennliste aufzuschlagen und zu fragen, wo sich die profitabelsten Banken dieser Welt befänden. Unter jenen 100 gab es nicht eine japanische gewesen. Der Mythos war das Entscheidende.

Man schuf Liquidität an der Notenbank vorbei. Das hätte eigentlich sehr frühzeitig eine Inflation auslösen müssen. Doch Japan war zu

diesen Zeiten der grössten Blasenbildung das Land, das unter allen OECD-Staaten die grösste statistische Preisstabilität aufwies. Wie war es möglich, dass ein Land mit einer extremen Inflationierung der Immobilienpreise gleichzeitig als das preisstabilste Land der Welt dastand? Die Antwort liegt in der Statistik.

1985 ging ich zur Bank von Japan und bat um den Warenkorb zur Berechnung der Inflation. Man war über mein Vorhaben sehr entsetzt und teilte mir mit, dass der Warenkorb nicht veröffentlicht werde. Ich antwortete, dass ich dann wohl in einem Artikel bei der Zeitung «Finanz und Wirtschaft» ausführen müsse, dass die Bank von Japan den Warenkorb als Staatsgeheimnis betrachte und somit Transparenz nicht möglich sei. Das war den Herren nun auch nicht angenehm. So wurde ich zum ersten Ausländer, der den Warenkorb kennenlernte.

1985 stand Japan im Zenit seines Ansehens als Hochtechnologie-Mekka, und daher waren in dem Warenkorb auch Elektrogeräte vertreten, repräsentiert durch Schwarzweissfernseher. 1985 mussten man sich die Hacken ablaufen, wenn man in Tokio einen solchen Fernseher entdecken wollte. Die Folge: extreme Preisstabilität bei Elektrogeräten. Apropos Hacken ablaufen. Schuhe wurden in dem Warenkorb durch Holzschuhe repräsentiert. Auch Japaner tragen für gewöhnlich Lederschuhe, nur die 26 Geishas in Kyoto tragen Holzschuhe. Die jährliche Nachfrage nach diesem Schuhwerk ist daher konstant und liegt schätzungsweise bei 300 Paaren. Die Folge: extreme Preisstabilität bei Schuhen. Die Japaner essen Reis. Reis als Grundnahrungsmittel gehört daher in den Warenkorb. Reis hat einen staatlich festgesetzten Preis, der alle zwei Jahre aus agrarpolitischen Gründen gesenkt wird. So weit, so schlecht. Doch die Gewichtung von Reis im Warenkorb lag bei 30 Prozent!

Lange Rede, kurzer Sinn: Japan hatte damals bewusst darauf verzichtet, die Inflation zu messen. Und daher befanden sich weder Immobilienpreise noch Mieten in dem Warenkorb. Alles, was den Preisauftrieb hätte ausweisen können, war ferngehalten worden, auch um ein höheres Realwachstum gegenüber den USA auszuweisen und so dem drohenden Handelskrieg auszuweichen. Die Konsequenz war, dass sich zum Jahresbeginn 1990 alle japanischen und nichtjapanischen Finanzhäuser einig waren, dass in einem Jahr der Nikkei-Index nicht wie Ende 1989 bei 38'900, sondern mindestens bei 60'000 Punkten stehen würde.

Doch es kam anders. Ein Jahr später stand der Nikkei-Index bei 22'000 Punkten. Japan war selbst für Japaner zu teuer geworden. Deswegen investierten sie in Übersee. Das war die Zeit, als dreiviertel des Bodens von Hawaii und Trophäen wie das Empire State Building oder das Rockefeller Center in japanischer Hand waren.

1988 kaufte das Mitsubishi-Konglomerat, die noch heute weltweit grösste Zusammenballung wirtschaftlicher Macht, 51 Prozent des Rockefeller Centers in New York. Ich machte mir damals das Vergnügen, die Summe von 848 Millionen Dollar, die Mitsubishi investiert hatte, in Quadratmeter im Tokioter Stadtteil Ginza umzurechnen und kam bei lockerem Kalkül auf eine Grundstücksgrösse von rund 1'000 Quadratmetern. Damals konnte man im Rockefeller Center eine Bruttomiete von 7,0 Prozent lösen, in Tokio von 0,7 Prozent. Dieses Gefälle war auf Dauer nicht haltbar.

So ging es denn auch sehr schnell bergab. Doch in Asien wird Schande als etwas angesehen, das nicht offensiv angegangen wird. Daher enden

**1988 konnte man im Rockefeller Center eine Bruttomiete von 7,0 Prozent lösen, in Tokio von 0,7 Prozent. Dieses Gefälle war auf Dauer nicht haltbar.**

hier mögliche Parallelen zu dem, was wir heute weltweit erleben. Japan verleugnete die ersten fünf Jahre der Krise. Darin liegt ein wesentlicher Unterschied zu dem, was die USA und Europa in den letzten 18 Monaten durchgemacht haben.

1995 erschütterten drei Ereignisse die Gesellschaft, und Tokio wurde zu mehr Transparenz gezwungen. Das erste Ereignis: das Erdbeben von Kobe im Januar 1995, mit dem auch der Mythos zerschellte, dass Japan erdbebensicher baue. Das zweite Ereignis sechs Wochen später: der Giftgasanschlag in der Tokioter U-Bahn, der erste Terroranschlag der modernen Geschichte, mit 5'000 Verletzten und 27 Toten. Das dritte Ereignis, nochmals sechs Wochen später: das Überschliessen des Yens gegenüber dem Dollar. Für ein paar Sekunden lag die Dollar-Parität unter 80 Yen pro Dollar.

Die Regierung erwies sich als völlig hilflos. Im Herbst 1995 und zum Jahreswechsel 1995/96 brachen alle sieben privaten Hypothekenbanken Japans zusammen. Seither gibt es keine privaten Hypothekenbanken mehr. 1997 kollabierte die japanische Variante der Lehman Brothers, das

grosse Brokerhaus Yamaichi, danach eine andere, mittelgrosse Investmentbank, dann eine der grossen japanischen Universalbanken, die Hokkaido Takushoku Bank. Und das ging so weiter. Als ich 1975 nach Japan kam, gab es dort 21 Grossbanken. Heute hat Japan drei Mega-Banken und drei mittelgrosse Banken.

Das alles war nur die Ouvertüre zur systemischen Finanzkrise. Im Jahr 1998, nach dem Zusammenbruch von Yamaichi, ging es dann mit dem Zusammenbruch und der Verstaatlichung namhafter japanischer Grossbanken erst richtig los, vor allem von Banken, die sich auf langfristige Industriegeschäfte spezialisiert hatten, wie die Nippon Credit Bank.

Was hat Japan in diesen Jahren und vor allem auch danach getan, um sich aus dieser katastrophalen Entwicklung herauszuarbeiten? Einmal die schon erwähnte Verstaatlichung notleidender Banken. Ausserdem wurde eine *bad bank* gegründet, die jedoch vom Volumen her gesehen, mit Aufkäufen von Schrottpapieren in Höhe von 53

Goldman Sachs. Schliesslich brachte noch Frau Thatcher den Vorschlag ins Spiel, mehr in die Dienstleistungsindustrie zu investieren, da diese krisensicher sei. Diesen Ratschlag hat Tokio dem Himmel sei Dank nicht befolgt. Andere hingegen leider schon. Sechs Jahre lang gab es eine Deflation, die Preise fielen immer weiter. Als Lösung galten Nullzins und Liquidität.

Was können wir aus dem Irrweg der Nullzinsen-Politik Japans lernen? Mit ihr werden Zombie-Unternehmen geschaffen, die nicht lebensfähig sind, jedoch durch den Umstand, dass Kapital nichts kostet, künstlich alimentiert werden. Überkapazitäten gegenüber der Nachfrage werden daher am Leben gehalten und die Unternehmen gezwungen, Zugeständnisse bei den Preisen zu machen. Nur wenn Überkapazitäten radikal abgebaut werden, lässt sich Deflation vermeiden. In Deutschland würde in diesem Zusammenhang die hochdelikate Frage lauten: Sollte man Opel nicht doch besser untergehen lassen?

Solange wir solche Fehler machen und Zombie-Unternehmen schaffen, stehen wir in Gefahr, eine längere Deflationsphase zu erleben. Ihr zu begegnen ist extrem schwierig. Japan hat sechs Jahre gebraucht.

Japan wurde aus der systemischen Krise, aus dem Bankrott, durch die innere Stärke des Landes herausgeführt. Man muss die Grössenordnung sehen. Wirtschaftlich gesehen, hat Indien zur Zeit die Grössenordnung Oberitaliens. Und China (das Thema der Manipulation von Statistiken lasse ich hier aus) etwa die Grösse Deutschlands. Japans Bruttoinlandprodukt beträgt 5,3 Billionen Dollar, das der USA 14, das der EU 10. Zu diesen Grössenordnungen gehört eine weitere Zahl. Die USA leiden unter dem *Subprime*-Problem. Die Verschuldung der öffentlichen und privaten Hände in den USA beträgt brutto 49 Billionen Dollar, also das Dreieinhalbfache des Bruttoinlandprodukts. Und im Moment noch finanziert von Asien!

Wer Schatzwechsel kauft, bestimmt, wo die Dollarzinsen hingehen. China kaufte im April dieses Jahres amerikanische Schatzpapiere in Höhe von 763,5 Milliarden Dollar und ist somit der grösste Auslandgläubiger des amerikanischen Staates. Die Nummer zwei der Auslandgläubiger ist Japan; im April betrug die Schulden der USA bei Japan 685,9 Milliarden Dollar. China und Japan besaßen also zusammen Schatzpapiere im Wert von rund 1'450 Milliarden Dollar. Dieses Jahr werden die USA Schatzpapiere im

Japan ist wichtig für die Weltwirtschaft.  
Sollten sich die Japaner etwa dafür entscheiden,  
kein frisches Kapital in amerikanische  
Schatzschuldverschreibungen zu stecken, wäre  
die Politik des Fed am Ende.

Milliarden Euro, nicht in der Lage war, die Kreditklemme in irgendeiner Weise zu mildern. Ein weiteres Mittel des Krisenmanagements war die fiskalpolitische Stützung. Japan setzte 1992 insgesamt 13 Nothaushalte durch, mit einem Volumen 132 Billionen Yen, fast 1'000 Milliarden Euro. Mit der Folge, dass Japan von allen grossen Staaten den meistzerrütteten öffentlichen Haushalt hat. Japans öffentliche Schulden betragen heute 885 Billionen Yen, das sind rund 6'500 Milliarden Euro. Also 180 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Trotzdem ist Japan nicht kollabiert. In Japan sind die Staatsfinanzen zerrüttet, doch die Depression wurde vermieden. Ein zweifelhafter Erfolg.

1995 kam noch ein viertes Desaster hinzu: die Amerikaner versuchten vermehrt, auf Japans Regierung Druck auszuüben und zu soufflieren. Dazu gehörten unter anderem der Ratschlag, die Zinsen auf Null zu setzen und die Liquiditätsschleusen zu öffnen. Es war die Zeit von Finanzminister Robert Rubin, vormals aus dem Hause

Wert von 2'000 Milliarden Dollar emittieren. Die US-Notenbank Fed kauft ungehemmt die Schatzpapiere der eigenen Regierung auf und schafft Raum für zukünftige inflationäre Aufblähungen. Das wird uns alle noch reuen.

Auf der anderen Seite – und das ist der Grund, warum Japan nicht durch alle Böden durchgebrochen ist – liegt in Japan ein enormes Finanzvermögen in privater Hand, 1'460 Billionen Yen, 12'000 Milliarden Euro. Im Vergleich: in ganz Euroland gibt es nur 10'000 Milliarden Euro privates Finanzvermögen. Bei solchen Vergleichen muss man die Zusammensetzung solcher Finanzvermögen anschauen. Für Japan gilt, dass 51 Prozent, um die 6'000 Milliarden Euro, aus Bargeld und Depositen bestehen. Ein Finanzpolster, das andere Länder nicht haben, die in die Krise hineinschlittern. Ein Beispiel: Die USA, das Sorgenkind, kommen nur auf desolate 17 Prozent. Den USA mangelt es an privatem Finanzvermögen zur Krisensteuerung, weshalb Washington auf das Ausland setzen muss.

Wie wichtig Japan für die Weltwirtschaft, und vor allem für den Finanzmarkt der USA ist, wird an der Höhe der Schatzpapiere deutlich. Sollten sich die Japaner dafür entscheiden, kein frisches Kapital in Schatzpapiere zu stecken, wäre die Politik des Fed am Ende. Und noch etwas: Japan ist der grösste Nettogläubiger weltweit, trotz der langen Krise, in der Grössenordnung von 1'450 Milliarden Dollar. Dann kommt auf dieser Rangliste lange nichts, und an zweiter Stelle steht die Schweiz mit 330 Milliarden Dollar, die nicht der Schweiz gehören, sondern in der Schweiz deponiert sind. Danach kommen eigentlich nur noch Schuldner. Der grösste Schuldnerstaat sind die USA, die allein in den letzten 12 Monaten ihre Nettoauslandschulden um 1'560 Milliarden Dollar erhöht haben.

Wer an Japan denkt, denkt meist an eine exportabhängige Nation. Das ist falsch. Japan war bis zum Jahre 2002 eine Nation, deren Aussenwirtschaftsbeitrag zum Wachstum bei konstant 9 Prozent lag. In Deutschland liegt dieser Prozentsatz konstant bei etwa 36 Prozent. Deutschland ist export- und auslandabhängig. Japan war es nie. Zwischen 2002 und 2007 wurden in Japan energisch Reformen durchgeführt, die zur Abfederung Wachstum brauchten. In dieser Zeit ist daher der Aussenwirtschaftsbeitrag Japans auf 60 Prozent bei einem kumulierten Realwachstum von 12,7 Prozent gestiegen. Es geht nicht Japan schlecht, es geht Japans Absatzmärkten schlecht. Ursache und Wirkung dürfen nicht verwechselt

werden. Japan verzeichnet keine Bankenkrise und praktisch keine Kreditklemme.

Die grössten Reformen ab 2002 zielten auf den überfälligen Abbau von Überkapazitäten. Zwischen 2000 und 2008 reduzierte Japan 30 Prozent seiner industriellen Kapazitäten. Und war damit wieder fit, der Deflation zu begegnen. Fit und entschuldet mit einer Relation des Fremd- zum Eigenkapital von 0,98 gegenüber 1,7 in den USA.

Etwas anderes, was Japan oft nicht zugetraut wird, ist die Flexibilität der Arbeitswelt. Wer an Japan denkt, denkt meist auch an Senioritätsprinzipien und lebenslange Anstellung. Das ist falsch, das war schon immer falsch. Selbst in der Blütezeit der japanischen Wirtschaft hatten nur etwa 22 Prozent der Angestellten das Privileg der Senioritätsbesoldung, der Senioritätsbeförderung und der Unkündbarkeit. Heute ist der Satz unter 20 Prozent gefallen. Auf der anderen Seite hat Japans Wirtschaft einen Anteil von Nichtfestbeschäftigten von 40 Prozent. Damit ist die

Wenn sie sich einmal zu Fehlentwicklungen bekannt hat, ist die japanische Gesellschaft sehr viel eher als westeuropäische und amerikanische Gesellschaften in der Lage, einen gesellschaftlichen Konsens herzustellen.

Wirtschaft Japans flexibler als die der USA mit dem *hire and fire* und einem Anteil von Nichtfestbeschäftigten von 38 Prozent. Es gibt keine Industrienation, die so viele Teilzeitarbeiter hat wie Japan. Dass das soziale Konsequenzen nach sich zieht, liegt auf der Hand. Auf der anderen Seite zeigt es auch die gesamtwirtschaftliche und gesellschaftliche Bereitschaft zur Flexibilität.

In Japan gab es während des sechsjährigen Preiszerfalls keine Lohn- und Gehaltserhöhungen. Ein Phänomen, das zur Überwindung der Krise beigetragen hat. Und da ein Drittel aller Beschäftigten von Bonuszahlungen leben – also nicht nur die oberste Etage, sondern auch der Mittelbau –, sind die Löhne tatsächlich real und nominal gefallen. In Europa wäre so etwas nicht möglich.

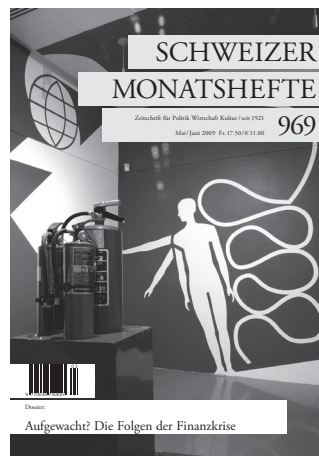
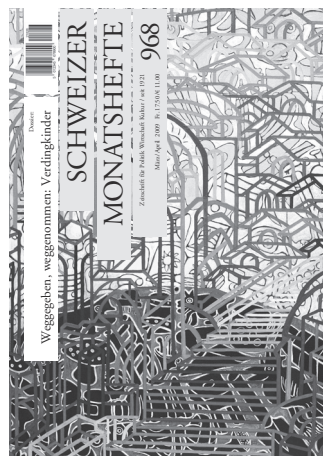
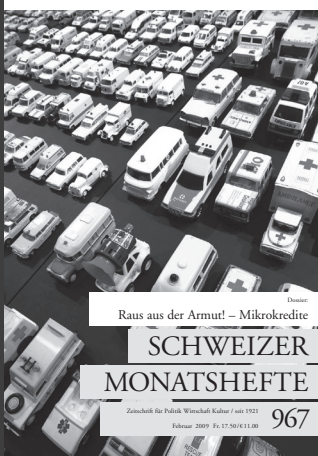
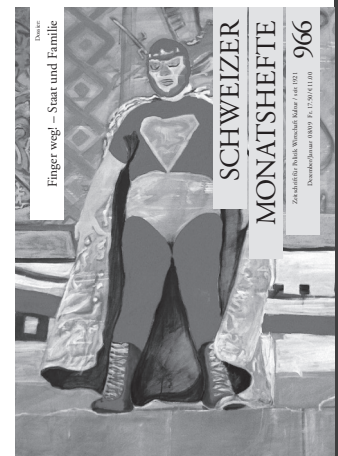
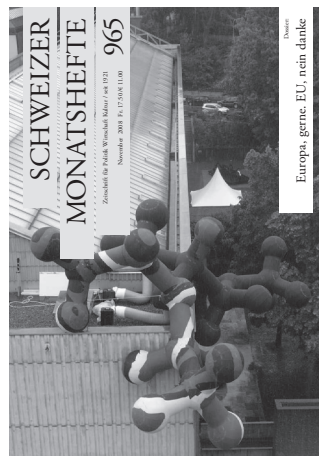
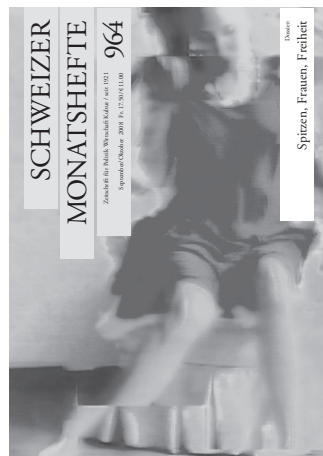
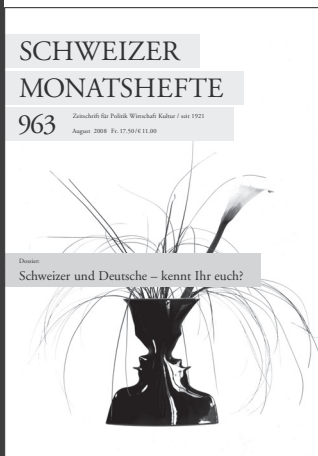
Wenn sie sich einmal zu Fehlentwicklungen bekannt hat, ist die japanische Gesellschaft sehr viel eher als westeuropäische und amerikanische Gesellschaften in der Lage, einen gesellschaftlichen Konsens herzustellen und durchzusetzen.

HELMUT BECKER,  
geboren 1943, ist  
Professor für  
Wirtschaftspolitik an  
der Sophia University  
in Tokio.

Entscheidend für die Überwindung der Krise war jedoch auch, dass die Japaner sich wieder auf ihre Stärken und Tugenden besonnen haben, die zwischen 1985 und 1990 durch die kollektive Arroganz extrem gefährdet waren. Mit Tugend meine ich die Fähigkeit Japans, wie kein anderes Land immer von den Besten zu lernen und das Fachwissen, das sie aus Übersee importieren, bis zur Marktreife zu verfeinern. In Deutschland ist oft der saloppe englische Ausdruck für die Ablehnung neuer Technologien zu hören: *not invented here*. Für die Japaner ist das *not invented here* keinesfalls ein Hindernis, sich neuen Technologien zuzuwenden. Japan setzt auf Hightech. Auch zur Überwindung dieser Krise.

Die Tatsache, dass Japan nicht technikfeindlich, sondern experimentierfreudig und offen für Neues ist, unterscheidet das Land dramatisch von Europa. Und in gewisser Weise auch von den Vereinigten Staaten. Man kann versuchen, von Japans Fehlern zu lernen. Doch die Komplexität der Probleme der internationalen Finanzwelt heute ist nicht zu vergleichen mit der Simplizität der bäuerlichen Spekulation in Immobilien, die Japan betrieben hat. Mein Fazit lautet daher: man sollte erst gar nicht versuchen, von Japans Fehlern zu lernen; denn damit kommt man nicht weit. Doch für das Lernen von Japans Stärken ist es auch in der globalen Krise nicht zu spät.

---



Abonnieren Sie die Schweizer Monatshefte!  
[www.schweizermonatshefte.ch](http://www.schweizermonatshefte.ch)

# SCHWEIZER MONATSHEFTE

Zeitschrift für Politik Wirtschaft Kultur / seit 1921

## SONDERTHEMEN

*Nr. 1*

«La vision romande de l'Etat en question»

*Septembre 2007*

*Nr. 2*

«Jenseits des dritten Wegs.

Die Schweiz, die EU und die Bilateralen Verträge»

*November 2008*

*Nr. 3*

«Les cerveaux étrangers: des ‹boosters› pour la Romandie»

*März 2009*

*Nr. 4*

«Soll Völkerrecht Landesrecht brechen?»

*Mai/Juni 2009*

*Nr. 5*

«Wege des Ostens

Japan, China und die Krise»

*August 2009*

## SONDERDRUCKE

*Nr. 1*

«Die 2000-Watt-Gesellschaft.

Von der Faszination zu den Realitäten»

*Mai 2007*

*Nr. 2*

«La société à 2000 watts.

De la fascination aux réalités»

*Juni 2007*

*Nr. 3*

«Aufgewacht?

Die Folgen der Finanzkrise»

*Mai/Juni 2009*

*Nr. 4*

«Y aller ?

La festivalisation de la culture»

*Juli 2009*

---

SCHWEIZER

MONATSHEFTE

---

*Sonderthema*

---